

Zeitschrift: Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile
Herausgeber: Schweizerischer Zivilschutzverband
Band: 33 (1986)
Heft: 3

Rubrik: Aktuell = Actualité = Attualità

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Hintergründe zur Einführung des internationalen Zivilschutzzeichens

Zivilschutz ist anerkannte humanitäre Organisation

Wendy Bucher, Mitglied der Geschäftsleitung des SZSV, Leubringen

red. Seit der letzten Nummer zierte das internationale Zivilschutzzeichen die Titelseite unserer Zeitschrift; Bundesamt für Zivilschutz, die Kantone und der SZSV gehen, Schritt für Schritt, dazu über, dieses neue Zeichen einzuführen. Grund genug, um die Hintergründe auszuleuchten, was im einzelnen die Ratifizierung der Zusatzprotokolle der Genfer Abkommen mit dem Zivilschutz zu tun hat. Eines kann aber schon einleitend gesagt werden: Der Zivilschutz hat aufgrund der Zusatzprotokolle einen Sonderschutz erhalten, wie man ihn bis anhin nur für den Sanitätsdienst kannte. Er wird als Organisation mit humanitären Aufgaben im Völkerrecht anerkannt und ist berechtigt, das internationale Schutzzeichen zu verwenden. Im Hinblick auf den Schutz der Zivilbevölkerung in bewaffneten Konflikten ist dies zweifellos ein Meilenstein in der 125jährigen Geschichte des humanitären Völkerrechts.

Der Bundesrat lud 1974 zu einer diplomatischen Konferenz ein und legte den Entwurf des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) zu zwei Zusatzprotokollen zu den Genfer Abkommen vor. Diese wurden 1977 unterzeichnet. Es wurden Regeln zum Schutz der ganzen Zivilbevölkerung in bewaffneten Konflikten aufgestellt. Der Schweizer Delegation ist es unter anderem zu verdanken, dass der Zivilschutz in den Zusatzprotokollen den Status einer anerkannten humanitären Organisation erhielt und seither einen speziellen Schutz geniesst. Der Zivilschutz ist damit praktisch dem Sanitätsdienst gleichgestellt, der das rote Kreuz trägt. Als internationales Schutzzeichen des Zivilschutzes wurde ein blaues Dreieck auf orangefarbenem Grund angenommen.

Wichtigste Punkte

Mit der Ratifizierung sind neben den vier Abkommen auch die Zusatzprotokolle (das erste von 51, das zweite von 44 Staaten unterzeichnet) bei uns geltendes Recht geworden. Was bedeutet dies für den Zivilschutz?

1. Alle Zivilschutzangehörigen tragen im besetzten Gebiet oder in Gebieten, in denen tatsächlich oder voraussichtlich Kampfhandlungen stattfinden, zur Kennzeichnung auf der Kopfbedeckung (Helm) und der Bekleidung (auf Arm, Rücken, Brust)

gut sichtbar und gross das internationale Schutzzeichen.

2. Das Material, die Transportmittel, die Bauten des Zivilschutzes und die Schutzbauten für die Bevölkerung werden mit dem Schutzzeichen gekennzeichnet.
3. Jeder Zivilschutzangehörige erhält eine mit dem Schutzzeichen versehene Identitätskarte, die er ständig auf sich trägt.
4. Das Zivilschutzpersonal wird besonders geschont und geschützt; es darf seine Aufgaben auch im besetzten Gebiet weiterführen.
5. Zivilpersonen, die der Zivilschutzorganisation nicht angehören, aber – einem Aufruf der Behörden Folge leistend – Zivilschutzaufgaben wahrnehmen, werden wie Zivilschutzangehörige behandelt.
6. Schutzbauten für die Zivilbevölkerung gelten als zivile Objekte und sind als solche geschützt.
7. In Friedenszeiten dürfen die Zivilschutzdienste mit Zustimmung der zuständigen Behörde das internationale Schutzzeichen tragen.

8. Einen besonderen Status nehmen die Angehörigen des Zivilschutz-Sanitätsdienstes und die Seelsorger ein; sie tragen nicht das Zivilschutz-Schutzzeichen, sondern das rote Kreuz und Rot-Kreuz-Ausweise. Dasselbe gilt für Einsatz-Sanitäter, für das Material und die Transportmittel, vorausgesetzt, dass diese ausschliesslich für sanitätsdienstliche Zwecke verwendet werden. Die Sanitätsanlagen des Zivilschutzes können mit dem roten Kreuz gekennzeichnet werden.

Um des Schutzes nicht verlustig zu gehen, müssen die Zivilschutzangehörigen die Regeln des humanitären Völkerrechts (Genfer Abkommen und Zusatzprotokolle) einhalten. Die Teilnahme an Kampfhandlungen, Handlungen, die den Feind schädigen, und der Missbrauch des Schutzzeichens sind ausdrücklich verboten. Es ist unbedingt erforderlich, dass alle Kader des Zivilschutzes (OC, DC, Formationschef PBD, San D und Betreu D) mit den Bestimmungen der Genfer Abkommen und der Zusatzprotokolle vertraut gemacht werden. Nur so können sie, mit Hilfe der Behörden, die ihrerseits diese Bestimmungen kennen müssen, sich in schwierigen Situationen richtig verhalten, den Schutz der Bevölkerung gewährleisten und ihre humanitären Aufgabe wahrnehmen. Im weiteren muss auch die Bevölkerung über die Bedeutung der Schutzzeichen und über ihre Rechte und Pflichten informiert werden.





den. Dies ist gemäss den Genfer Abkommen und den Zusatzprotokollen Aufgabe der Behörden des Unterzeichnerstaates, kann aber laut Zivilschutzgesetz dem Zivilschutz übertragen werden. Das bedingt wiederum eine Ausbildung der Zivilschutzangehörigen.

Einerseits ist die breite Bekanntmachung des internationalen Zivilschutz-Schutzzeichens eine Notwendigkeit, sollte es doch bei der Bevölkerung genauso zum Inbegriff von Schutz und Hilfe werden wie das rote Kreuz; anderseits müssen unbedingt Vorschriften über die Verwendung (auch in Friedenszeiten) erarbeitet werden, um einem Missbrauch vorzubeugen. Dies ist in Anbetracht der Tatsache, dass ab diesem Jahr das Material zur Kennzeichnung an die Gemeinden ausgeliefert werden soll, dringend.

Vorgeschichte

Bis Mitte des 19. Jahrhunderts waren Absprachen zum Schutze von Kriegsopfern eher zufällig, nur für die konfliktführenden Parteien verbindlich und nur für die Dauer des Konfliktes gültig. Mit der Geburt des humanitären

Völkerrechts, zusammen mit derjenigen des Roten Kreuzes, wird die Situation grundlegend verändert: die Staaten werden durch ein universelles Vertragswerk, das jederzeit und unter allen Umständen eingehalten werden soll, gebunden.

1859 wird der junge Genfer Henry Dunant auf einer Reise durch Oberitalien bei Solferino zufällig Zeuge einer äusserst blutigen Schlacht. Zusammen mit

den Frauen der Nachbardörfer organisiert er die Hilfe für die mehreren tausend verletzten Soldaten. Dieses schreckliche Erlebnis ist für ihn der Anlass zur Publikation des Buches «Eine Erinnerung an Solferino», das er verschiedenen europäischen Regierungen zukommen lässt. Er schlägt darin die Gründung von Hilfsgesellschaften vor, die in Kriegszeiten die Sanitätsdienste der Armeen unterstützen und in Friedenszeiten Nothilfe bei Katastrophen leisten könnten. Er fordert aber auch eine internationale Vereinbarung zum Schutze der Verletzten im Felde.

Eine Idee wird Realität

Vier Genfer – der Jurist Moynier, General Dufour und die Ärzte Appia und Maunoir – nehmen die Ideen auf und bilden zusammen mit Henry Dunant das «Komitee der Fünf», das später Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK). Durch ihre Überzeugungskraft gelingt es, den Schweizerischen Bundesrat 1864 zur Einberufung einer diplomatischen Konferenz zu bewegen. Noch im selben Jahr unterzeichnen die zwölf Teilnehmerstaaten eine «Convention zur Verbesserung des Loses der Verwundeten der Armeen im Felde», die 1. Genfer Convention. Verletzte und kranke Militärpersonen sollen ungeachtet ihrer Nationalität gepflegt werden; sie und ihre Helfer werden als neutral erklärt. Sanitätspersonal, -material und -einrichtungen werden mit einem international anerkannten Zeichen, dem roten Kreuz auf weissem Grund, gekennzeichnet.

1864 ist durch die Unterzeichnung der 1. Genfer Convention das Geburtsjahr des modernen humanitären Völkerrechts. Noch sind aber längst nicht alle

möglichen Kriegsopfer durch Abkommen geschützt. So wird 1899 im Haag eine weitere Konvention unterzeichnet, die die Regeln der ersten auch auf den Seekrieg anwendbar macht. Ihr folgt 1907 die erste Kriegsgefangenenkonvention. Diese drei Abkommen werden 1929 weiterentwickelt und neu bestätigt. Immer mehr Staaten treten ihnen bei.

Schritt für Schritt

1949 wird eine diplomatische Konferenz einberufen, die aus zwei Gründen bemerkenswert ist: neben der Ausarbeitung der «Konvention über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten» werden die bestehenden drei Konventionen überarbeitet und so die Texte der vier Abkommen vereinheitlicht. Die vier Genfer Abkommen von 1949, die mehr als 400 Artikel umfassen, bilden ein richtiges juristisches Monument, welches seit über 30 Jahren den Schutz unzähliger Opfer in bewaffneten Konflikten garantiert und dem 161 Staaten beigetreten sind.

Die Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg haben gezeigt, dass der Schutz der

Wichtiges in Kürze

- Durch die Ratifizierung der Genfer Abkommen und der Zusatzprotokolle in der Schweiz ist ein grosser Schritt zum Schutz der Opfer bewaffneter Konflikte, namentlich der Zivilbevölkerung, gemacht worden.
- Mit den Zusatzprotokollen hat der Zivilschutz einen Sonderschutz erhalten, wie man ihn bis anhin nur für den Sanitätsdienst kannte. Er wird als Organisation mit humanitären Aufgaben im Völkerrecht anerkannt und ist berechtigt, das internationale Schutzzeichen zu verwenden, das blaue Dreieck auf orangefarbenem Grund. Sanitätsdienst und Seelsorger tragen das Schutzzeichen des Roten Kreuzes.
- Die zuständigen Behörden haben dafür zu sorgen, dass
 - durch gesetzliche Vorschriften der Gebrauch des Schutzzeichens geregelt und jeder Missbrauch geahndet und bestraft wird;
 - sowohl im Zivilschutz wie bei der Bevölkerung die internationalen Schutzzeichen und mindestens die Grundregeln des humanitären Völkerrechts bekanntgemacht werden.

Zivilbevölkerung durch die Genfer Abkommen ungenügend ist. (Das 4. Abkommen schützt Zivilpersonen, von einigen allgemeinen Regeln abgesehen, nur gegen Missbräuche des Feindes oder der Besatzungsmacht.) Neue Waffen, neue Kriegstechniken, die Verlegung der Kampfgebiete in bevölkerte Zonen bedingen eine Anpassung, die – wie eingangs erwähnt – mit der Unterzeichnung der zwei Zusatzprotokolle 1977 auch vorgenommen wird. □

Les motifs profonds de l'introduction de l'insigne international de la protection civile

La protection civile devient une organisation humanitaire reconnue

Wendy Bucher, membre de la direction de l'USPC, Eviard

Réd. Dès le numéro 1-2/86, la page de garde de notre revue est ornée de l'insigne international de la protection civile. L'Office fédéral de la protection civile, les cantons et l'USPC vont graduellement introduire ce nouvel insigne. Il se justifie dès lors que nous vous présentons les motifs profonds pour lesquels cet insigne a été adopté lors de la ratification des protocoles additionnels aux accords de Genève concernant la protection civile. On peut souligner en guise d'introduction que grâce à ces protocoles additionnels, la protection civile reçoit une protection spéciale analogue à celle qui a été donnée au service sanitaire. Elle est reconnue comme une organisation ayant des tâches humanitaires au sens du droit international public et bénéficiant du droit d'utiliser l'insigne international de la protection civile.

En 1974, le Conseil fédéral a pris l'initiative d'organiser une conférence diplomatique où il a soumis le projet du Comité international de la Croix-Rouge (CICR) concernant deux protocoles additionnels aux conventions de Genève. Ceux-ci ont été signés en 1977. C'est ainsi qu'ont été édictées des règles pour la protection de la totalité des populations dans les conflits armés. Il convient à cet égard de remercier la délégation suisse notamment pour le fait que, grâce à elle, la protection civile a reçu dans les protocoles additionnels le statut d'une organisation humanitaire reconnue. Elle jouit depuis lors d'une protection spéciale. La protection civile est dès lors mise sur un pied d'égalité avec le service sanitaire dont la Croix-Rouge assume la charge. L'insigne international de la protection civile se présente sous la forme d'un triangle bleu sur fond orange.

Les points les plus importants

La ratification des protocoles additionnels (signée par 51 Etats pour le premier et par 44 Etats pour le second), après celle des quatre conventions de Genève, donne naissance pour notre pays à un nouveau droit. Que cela signifie-t-il pour la protection civile?

1. Toutes les personnes appartenant à la protection civile portent l'insigne international de la protection civile de façon bien visible et reconnaissable sur leur bonnet ou leur casque, et sur leur uniforme, au bras, dans le dos et sur la poitrine, lorsqu'elles se trouvent dans une zone occupée ou dans un territoire dans lequel se déroulent effectivement des combats ou dans lequel il y a lieu de s'attendre à des combats.
2. Le matériel, les moyens de transport, les constructions de la protection civile et les abris pour la population doivent être marqués par l'insigne de la protection civile.
3. Chaque membre de la protection civile reçoit une carte d'identité ornée de l'insigne de la protection civile, carte qu'il porte constamment sur lui.
4. Le personnel de la protection civile sera l'objet d'un ménagement et d'une protection particulière; il sera autorisé à poursuivre ses tâches dans les régions occupées.

5. Les personnes civiles n'appartenant pas à une organisation de protection civile mais qui accomplissent des tâches de protection civile à la demande des autorités, doivent être traitées comme des membres de la protection civile.

6. Les constructions de protection pour la population civile sont considérées comme des objets et sont protégées en tant que tels.

7. En temps de paix, les services de la protection civile peuvent porter l'insigne international de la protection civile avec l'approbation des autorités compétentes.

8. Les membres du service sanitaire de la protection civile et de l'aumônerie ont un statut particulier; ils ne portent pas les insignes de la protection civile mais ceux de la Croix-Rouge et ils ont une carte d'identité de la Croix-Rouge. La même règle est applicable au personnel sanitaire à l'engagement, au matériel et aux moyens de transport, pour autant que ceux-ci soient utilisés exclusivement pour le service sanitaire. Les installations des services sanitaires de la protection civile peuvent être marqués de l'insigne de la Croix-Rouge.

Afin de ne pas rendre illusoire toute protection, les membres de la protection civile maintiennent le respect des règles humanitaires du droit des gens (conventions de Genève et protocoles additionnels). Il leur est strictement interdit de participer à tout combat, de faire des actes dommageables à l'ennemi et de se livrer à tout abus de l'insigne de la protection civile. Il est absolument indispensable que tous les cadres de la protection civile (chefs



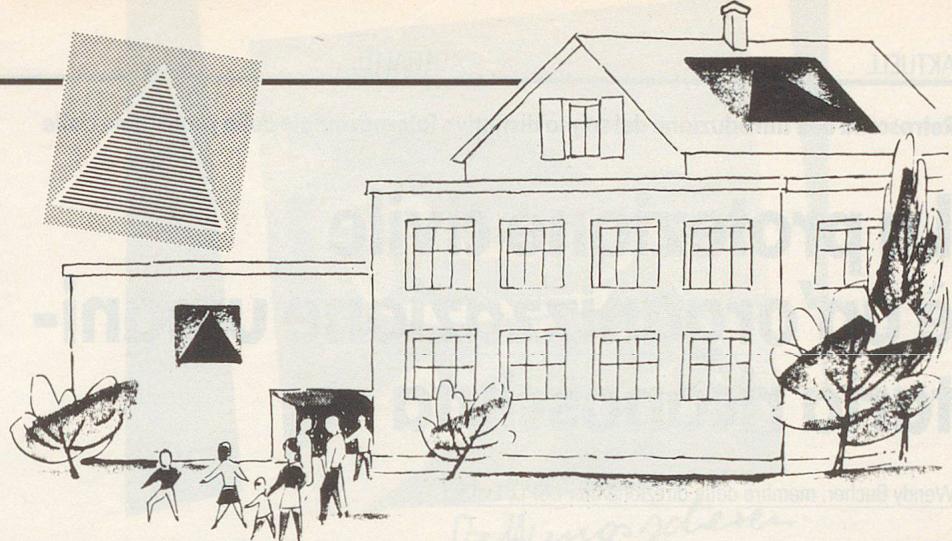
locaux, chefs de service, chefs de formation PLCF, service san et service d'assistance se familiarisent avec les dispositions des conventions de Genève et leurs protocoles additionnels. Ce n'est qu'avec l'aide des autorités qui, pour leur part, ont dû apprendre à se comporter correctement dans les situations difficiles qu'ils pourront garantir la protection de la population et accomplir leurs tâches humanitaires. Par ailleurs, il faut que la population soit également informée sur la signification de l'insigne de protection et sur ses droits et ses devoirs. Selon les conventions de Genève et leurs protocoles additionnels, il appartient aux autorités des Etats signataires de le faire, mais elles ont la possibilité, selon la loi sur la protection civile, de confier cette tâche à la protection civile. Cela implique de toute façon une instruction supplémentaire pour les membres de la protection civile.

D'un côté il est nécessaire de faire connaître le plus largement possible l'insigne international de la protection civile, car il doit représenter pour la population la marque de la protection civile et de l'aide, au même titre que la Croix-Rouge. D'un autre côté, il est absolument nécessaire d'élaborer des prescriptions concernant son utilisation (également en temps de paix) afin de prévenir tout abus. Cela revêt un caractère urgent, compte tenu du fait que le matériel destiné au nouveau marquage sera livré aux communes dès cette année.

Antécédents

Jusqu'au milieu du 19^e siècle, les arrangements relatifs à la protection des victimes de la guerre n'ont revêtu qu'un caractère sporadique. Ils ne liaient que les parties belligérantes et n'étaient valables que pour la durée des conflits. La situation a été fondamentalement modifiée lors de la naissance du droit international humanitaire qui se confond avec la création de la Croix-Rouge: en effet les Etats sont depuis lors liés par une convention universelle qu'ils sont tenus d'appliquer en tout temps et en toute circonstance.

En 1858 un jeune Genevois du nom d'Henry Dunant, qui faisait un voyage dans l'Italie du Nord près de Solférino, a été par hasard le témoin bouleversé d'une bataille extrêmement dure et sanglante. Aidé par les femmes des villages voisins, il organisa des secours pour les milliers de soldats blessés qui se trouvaient là. Cet événement terrible l'amena également à écrire et publier un livre intitulé «Un souvenir de Solférino» qu'il fit parvenir à divers gouvernements européens. Dans son livre, il propose de créer des associations de secours qui doivent assister les services sanitaires des armées en temps de guerre et peuvent aussi apporter leurs secours lors de catastrophes en temps de paix. Mais il exige également une



convention internationale pour la protection des blessés dans le terrain.

L'idée devient réalité

Son idée est reprise par quatre Genevois, le juriste Moynier, le général Dufour et les médecins Appia et Maunois, qui constituent avec Henri Dunant le «comité de cinq», qui deviendra plus tard le Comité international de la Croix-Rouge (CICR). Grâce à une force de persuasion peu commune, le Conseil fédéral parvient à réunir en 1864 une Conférence diplomatique. La même année, les douze Etats participants si-

vent être considérés comme neutre. Le personnel sanitaire, le matériel sanitaire et les installations sanitaires sont marqués d'un signe distinctif international reconnu, à savoir: une croix rouge sur fond blanc.

La signature en 1864 de la première convention de Genève marque la naissance du droit international humanitaire moderne. Il convient cependant de relever que toutes les victimes possibles de la guerre n'étaient pas couvertes par cette convention. C'est ainsi qu'en 1899 fut signée à La Haye une autre convention qui étendait les règles de la première aux guerres navales. Par la suite fut signée en 1907 la première convention sur les prisonniers de guerre. Ces trois conventions ont été développées et confirmées en 1929. Un nombre d'Etats de plus en plus grand y ont adhéré.

Pas à pas

En 1949 une conférence internationale, qu'il convient de souligner à plus d'un titre, s'est réunie. En effet, cette conférence a permis non seulement d'élaborer une «convention sur la protection des victimes civiles de toutes les guerres», mais encore de moderniser les trois premières conventions et ainsi d'unifier les textes des quatre conventions. Les quatre conventions de 1949, qui comportent plus de 400 articles, représentent un véritable monument juridique, qui garantit depuis plus de trente années la protection d'innombrables victimes des conflits armés et auxquelles ont adhéré 161 Etats.

Les années qui se sont écoulées après la Seconde Guerre mondiale ont démontré que les conventions de Genève n'offrent qu'une protection insuffisante à la population civile. La quatrième convention ne protège les personnes civiles – exception faite de quelques articles à caractère généraux – que contre les abus commis par l'ennemi ou la puissance occupante. Or les nouvelles armes, les nouvelles techniques de guerre et le déplacement des champs de bataille dans les zones habitées nécessitent des adaptations qui ont pu être réalisées – ainsi que nous l'avons indiqué ci-dessus – grâce aux deux protocoles additionnels signés en 1977.

En bref, les points les plus importants

- La ratification des conventions de Genève et de leurs protocoles additionnels en Suisse a permis de faire un progrès important pour la protection des victimes des conflits armés, à savoir la population civile.
- Les protocoles additionnels ont conféré à la protection civile une protection juridique spéciale, qui jusqu'alors n'était accordée qu'au service sanitaire. C'est ainsi qu'on lui reconnaît désormais le statut d'organisation de droit international accomplissant des tâches humanitaires et qu'à ce titre, elle a le droit d'utiliser l'insigne distinctif international de protection civile, à savoir: un triangle bleu sur fond orange. Le service sanitaire et l'aumônerie utilisent l'insigne de protection de la Croix-Rouge.
- Les autorités compétentes doivent veiller à ce que
 - l'utilisation de l'insigne de protection soit réglée par des prescriptions légales et que tout abus soit réprimé et sanctionné;
 - le service de la protection civile apprenne à connaître l'insigne international de protection et au moins les règles fondamentales du droit international humanitaire.

gnent une «convention pour l'amélioration du sort des soldats blessés sur les champs de bataille». C'est ainsi qu'est née la première convention de Genève, qui proclame que les malades et les blessés de guerre doivent être soignés, quelle que soit leur nationalité et que le personnel soignant et les patients doi-

Retroscena dell'introduzione del segno distintivo internazionale della protezione civile

La protezione civile è un'organizzazione umanitaria riconosciuta

Wendy Bucher, membro della direzione dell'USPC, Evilard

A partire dal numero 1-2/86, il segno distintivo internazionale della protezione civile adorna la copertina della nostra rivista: l'Ufficio federale della protezione civile, i cantoni e l'USPC provvederanno ad introdurre gradualmente tale nuovo segno distintivo. Questo ci induce a spiegare la relazione esistente in particolare tra la ratificazione dei Protocolli aggiuntivi alle Convenzioni di Ginevra e la protezione civile. Una cosa può tuttavia già essere detta in partenza: la protezione civile ha ottenuto, grazie ai Protocolli aggiuntivi, una forma di tutela speciale come quella che, sinora, veniva riconosciuta soltanto al servizio sanitario. La protezione civile viene quindi riconosciuta nel diritto internazionale come organizzazione con compiti umanitari ed è autorizzata ad usare il segno distintivo internazionale.

Nel 1974, il Consiglio federale invitò gli Stati a una conferenza diplomatica a Ginevra e presentò, in tale occasione, il progetto di due Protocolli aggiuntivi alle Convenzioni di Ginevra, approntato dal Comitato internazionale della Croce Rossa (CICR). Furono fissate le regole per la protezione della popolazione nei conflitti armati. Dobbiamo alla delegazione svizzera, fra l'altro, anche il fatto che la protezione civile ottenne, nei Protocolli aggiuntivi, lo statuto d'organizzazione umanitaria riconosciuta e che, da allora, essa gode di una tutela speciale. La protezione civile è con questo praticamente parificata al servizio sanitario che è contrassegnato dalla Croce Rossa. Il segno distintivo internazionale della protezione civile è un triangolo equilatero blu su sfondo arancio.

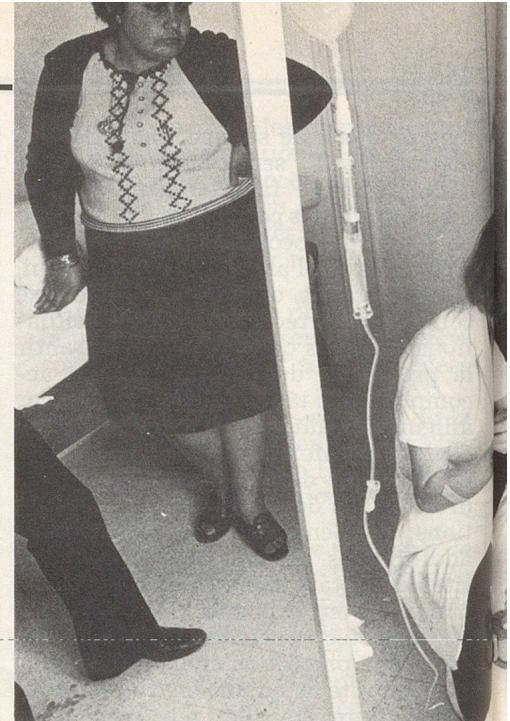
Punti principali

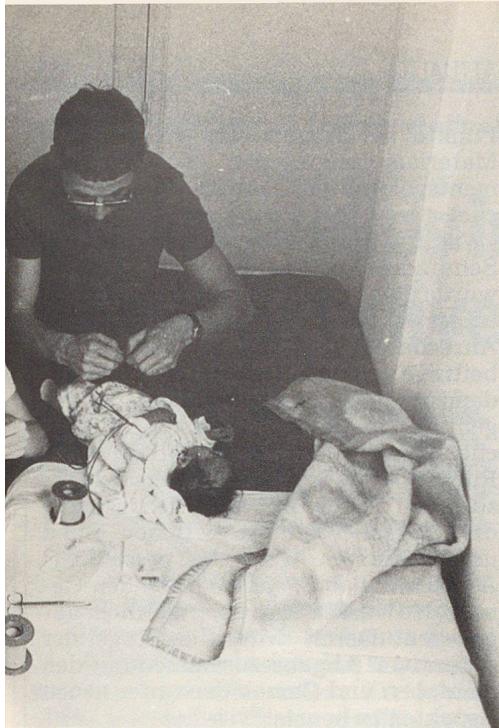
Con la ratificazione, oltre alle quattro Convenzioni già in vigore, anche i Protocolli aggiuntivi sono divenuti per il nostro Paese diritto vigente. (Il primo protocollo è stato ratificato da 51 Paesi, il secondo da 44 Paesi.) Che cosa significa questo per la protezione civile?

1. Nei territori occupati e nei territori nei quali effettivamente o presumibilmente hanno luogo azioni belli-

che, tutti i membri della protezione civile portano, per contraddistinguersi, ben visibile e sufficientemente grande, il segno distintivo internazionale sul copricapi (casco) e sugli abiti (bracciale e giubbetto).

2. Il materiale, i mezzi di trasporto, le costruzioni di protezione civile e gli impianti di protezione sono muniti del segno distintivo.
3. Ogni membro della protezione civile è portatore di una carta d'identità munita del segno distintivo che deve portare sempre con sé.
4. Il personale della protezione civile è trattato con particolare riguardo, è specialmente protetto e può svolgere i suoi compiti anche nei territori occupati.
5. I civili che non fanno parte degli organismi di protezione civile, ma che, seguendo un appello delle autorità, svolgono compiti di protezione civile, sono trattati alla stregua dei membri della protezione civile.
6. Gli impianti di protezione per la popolazione sono considerati oggetti civili e, come tali, sono protetti.
7. In tempo di pace, i servizi di protezione civile possono portare il segno distintivo internazionale con il consenso delle autorità competenti.
8. Uno statuto particolare hanno i membri del servizio sanitario della protezione civile e quelli preposti all'assistenza religiosa; essi non portano il segno distintivo della protezione civile, bensì la Croce Rossa e carte d'identità con la croce rossa. Lo stesso vale per i sanitari d'intervento, per il materiale e per i mezzi di trasporto, a condizione che questi servano unicamente agli scopi ine-





renti al servizio sanitario. Gli impianti sanitari della protezione civile possono essere contrassegnati con la Croce Rossa.

Per non perdere il diritto alla protezione, i membri della protezione civile devono rispettare le regole del diritto internazionale umanitario (Convenzione di Ginevra e Protocolli aggiuntivi). La partecipazione alle ostilità, le azioni che danneggiano il nemico e l'abuso del segno distintivo sono esplicitamente vietati. È assolutamente indispensabile che tutti i quadri della protezione civile (CL, CS, capo di una formazione del S pi ai S san e S assist) siano al corrente delle disposizioni delle Convenzioni di Ginevra e dei Protocolli aggiuntivi. Soltanto così essi possono, con l'aiuto delle autorità, che, dal canto loro, pure devono conoscere tali disposizioni, comportarsi adeguatamente in situazioni difficili, assicurare la protezione della popolazione e svolgere i compiti umanitari loro assegnati. Inoltre anche la popolazione deve essere informata sul significato dei segni distintivi come pure sui propri doveri e diritti.

Questo compito, secondo le Convenzioni di Ginevra e i Protocolli aggiuntivi, spetta alle autorità degli Stati firmatari, ma può tuttavia essere demandato alla protezione civile, giusta la legge sulla protezione civile. Ciò presuppone a sua volta l'istruzione adeguata dei membri della protezione civile.

L'ampia diffusione del segno distintivo internazionale è una necessità e, fra la popolazione, dovrebbe divenire, esattamente come è per la Croce Rossa, la personificazione della protezione e dell'aiuto. D'altra parte, tuttavia, è assolutamente necessario che vengano elaborate prescrizioni in merito al suo uso (anche in periodo di pace), per poter prevenire gli abusi. Si tratta di un compito urgente, dato che, a partire da quest'anno, il materiale necessario all'identificazione dovrebbe essere distribuito ai comuni. □

Rettungsschere

Spineizer

Antriebs einheiten

Verlangen Sie Unterlagen
über das neue, modular aufgebaute
NEOTECHA-Rettungssystem

Neotecha
Abteilung **Hydraulik**
Fabrikweg, CH-8634 Hombrechtikon, Tel. 055/41 11 71

NTE 85/05-08 D

Persönliche Abgabe von Reglementen und Material

Neue Initiativen sind zu erwarten

hwm. Es ist nicht ganz ausgeschlossen, das in nächster Zeit in gewissen Kantonen den Zivilschutzangehörigen das persönliche Material definitiv abgegeben wird.

Hingegen scheint die Abgabe von persönlichen Reglementsexemplaren – zumindest aus der Sicht der Eidgenossenschaft – kein Thema zu sein. Das geht aus der bundesrätlichen Antwort auf eine Anfrage von Nationalrat Kurt Schüle (FDP), Präsident des Schaffhauserischen Bundes für Zivilschutz, hervor.

Aufgrund zahlreicher Diskussionen innerhalb des Schweizerischen Zivilschutzverbandes stellte der schaffhauserische Sektionspräsident Kurt Schüle im Rahmen der Fragestunde im Nationalrat Bundesrätin Elisabeth Kopp, Vorsteherin des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes, folgende Fragen:

«Organisatorischer Unsinn...»

«In Zivilschutzkreisen herrscht seit langem etwas Unmut darüber, dass die im Rahmen der Ausbildung abgegebenen Unterlagen bzw. Reglemente nicht persönlich sind. Sie müssen nach Kursen jeweils als Funktionsexemplar beim Ortschef bezogen werden, der sie vielfach aber gar nicht selbst besitzt. Eine persönliche Abgabe der Unterlagen, wie etwa beim Militär, würde die Effizienz steigern und das Verfahren auch beim Umzug vereinfachen. Zudem erlaubte dies endlich, dass die

Kursteilnehmer persönliche Randnotizen anbringen könnten, womit sie sich mit der Materie zweifellos mehr identifizieren würden.

Gleiche Überlegungen gelten für die Abgabe des persönlichen Materials: Neben der Tatsache, dass es organisatorisch ein Unsinn ist, wenn beim Umzug das persönliche Material immer wieder zurückgegeben und am neuen Ort gefasst werden muss, würde ein Fassen wie im Militär auch beim Zivilschützer die Verbundenheit verstärken. Denkbar wäre eine definitive Abgabe von Überkleid, Helm, Stiefel und Gurt. Wie stellt sich der Bundesrat zu diesen Überlegungen?»

Bundesrätin Kopp musste die Befürworter der persönlichen Abgabe von Reglementen enttäuschen:

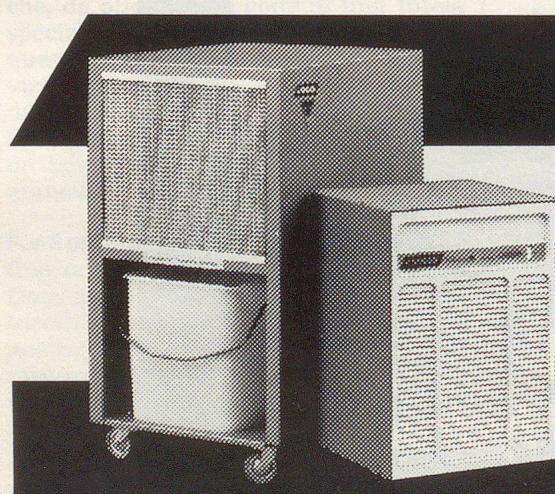
«Parlamentarische Kommissionen hatten wiederholt darauf gedrängt, dass Reglemente und Dokumente umfangs- und abgabemässig auf das notwendige Mindestmass zu beschränken seien. Diesem Anliegen wurde unter anderem dadurch Nachachtung verschafft, dass sie, soweit sie mit einer bestimmten Funktion verbunden sind, nur noch als Funktionsexemplar und nicht mehr persönlich abgegeben wurden. Die Gemeinden hatten jedoch die Möglichkeit, diese Unterlagen bei deren Herausgabe im Sinne einer Anschlussbestellung in der von ihnen als richtig erachteten Anzahl auf eigene Kosten direkt zu bestellen. Diese Massnahme habe den gezielteren Umgang mit solchen Dokumenten gefördert», meinte Elisabeth Kopp.

Punkto der Abgabe des persönlichen Materials zeigte sich die Departementsvorsteherin etwas «versöhnlicher»:

«Was die persönliche Ausrüstung des Schutzdienstpflichtigen anbelangt, so wurde diese den Gemeinden als Hauptträger des Zivilschutzes bis anhin unter Anrechnung der Bundes- und Kantonsbeiträge geliefert. Das Material gehörte demzufolge der Gemeinde, die als Eigentümerin auch über dessen persönliche Abgabe und die Modalitäten der Rückgabe bei Wohnortswechsel zu entscheiden hatte. Mit der Neuregelung der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen wird die persönliche Ausrüstung ab 1. Januar 1986 den Gemeinden inskünftig unentgeltlich abgegeben. Damit wird die Frage der definitiven Abgabe zusammen mit den Kantonen und Gemeinden unter neuen Aspekten zu beurteilen sein.»

Nichtsdestotrotz...

Zahlreiche SZSV-«Winkelriede» zeigten sich dennoch ob der sehr allgemein gehaltenen Antwort enttäuscht. Zwar zeichnen sich in einigen Kantonen Auswege aus der sicherlich unbefriedigenden Situation ab, doch die Initianten sind entschlossen, die beiden Problemkreise weiterhin auch auf nationaler Ebene weiter zu verfolgen. Denn man ist der Ansicht, dass die persönliche Abgabe von Reglementen und Material auch etwas mit «Imageförderung» des Zivilschutzes zu tun hat. Für Armeeangehörige sei es nämlich selbstverständlich, dass sie neben der Ausrüstung auch die elementarsten Reglemente mit nach Hause nehmen könnten, meinen die Zivilschützer. Wir werden zu gegebener Zeit auf den ganzen Fragenkomplex zurückkommen, sobald sich weitere Initiativen in dieser Richtung abzeichnen. □



Zur Verhinderung von teuren Feuchteschäden:

Luftentfeuchter

das bewährte Geräteprogramm für den universellen Einsatz in Kellern, Lagern, Wohnräumen, Zivilschutzanlagen usw. Vollautomatischer Betrieb, sparsamer Stromverbrauch.

Verlangen Sie detaillierte Unterlagen bei:

Krüger + Co.
9113 Degersheim, Telefon 071 54 15 44
Niederlassungen: Dielsdorf ZH,
Hofstetten SO, Münsingen BE,
Gordola TI, Lausanne

KRÜGER

Remise des règlements et du matériel à titre personnel

De nouvelles initiatives en perspective?

hwm. Il n'est pas entièrement exclu que, d'ici quelque temps, dans certains cantons, les membres de la protection civile touchent leur matériel personnel à titre définitif. Il semble en revanche qu'il n'en est pas question – à tout le moins, du point de vue de la Confédération – s'agissant des exemplaires des règlements personnels. C'est ce qui ressort de la réponse que le Conseil fédéral a donnée à la question posée par le conseiller national Kurt Schüle (PRD), président de l'Union schaffhousoise pour la protection civile.

Se fondant sur diverses discussions qui s'étaient déroulées au sein de l'Union suisse pour la protection civile, le président de la section schaffhousoise a posé à Mme Elisabeth Kopp, chef du Département fédéral de justice et police, dans le cadre de l'heure des questions du Conseil national, la question suivante:

«Un non-sens du point de vue de l'organisation...»

Le fait que les documents et règlements distribués pendant les périodes d'instruction ne sont pas remis à titre personnel provoque depuis longtemps un certain mécontentement dans les milieux de la protection civile. En effet, en cas de besoin après les cours, ils doivent être demandés au chef local, qui remet l'exemplaire concernant la fonction en question. D'ailleurs, lui-même ne les possède souvent même pas. En remettant ces documents à titre personnel, comme cela se fait par exemple dans l'armée, on accroîtrait l'efficacité et on simplifierait la procé-

dure en cas de déménagement aussi. En outre, les participants aux cours pourraient ainsi y apporter des remarques personnelles, ce qui les inciterait sans aucun doute à porter un intérêt plus grand à la matière.

Des considérations semblables s'appliquent à la remise de l'équipement personnel: mis à part le fait que c'est un non-sens, du point de vue de l'organisation, de devoir, lors de chaque déménagement, rendre l'équipement personnel pour le toucher au lieu du nouveau domicile, la remise de l'équipement à titre personnel, comme cela se fait dans l'armée, accroîtrait également l'attachement à la protection civile de la personne astreinte à y servir. On pourrait envisager la remise à titre définitif des habits de travail, du casque, des bottes et du ceinturon. Qu'en pense le Conseil fédéral?

La conseillère Kopp a dû décevoir l'intervenant au sujet de la remise des règlements:

A de nombreuses reprises, les commissions parlementaires ont insisté pour que les règlements et les documents soient limités au strict minimum tant sur le plan de leur volume que sur celui de leur nombre. Ce désir a été pris en considération notamment de la façon suivante: les règlements et documents qui sont destinés à une fonction précise, ne sont désormais remis qu'à titre d'exemplaires de fonction et non plus à titre personnel. Mais les communes conservent la faculté de commander directement et à leurs frais le nombre d'exemplaires qu'elles estiment utile d'avoir. Mme Kopp est de l'avis que cette

mesure permet de promouvoir une utilisation rationnelle de ces documents.

S'agissant de la remise du matériel personnel, le chef du département se montre quelque peu plus «conciliant»

Quant à l'équipement personnel des personnes astreintes à servir dans la protection civile, il a toujours été livré jusqu'ici aux communes, en leur qualité de principales responsables de la protection civile, sous déduction des subventions fédérales et cantonales. Ce matériel appartient dès lors aux communes qui, en tant que propriétaires, doivent décider de sa remise à titre personnel et des modalités de sa restitution en cas de changement de domicile. Selon la nouvelle réglementation résultant de la répartition des tâches entre la Confédération et les cantons, dès le 1^{er} janvier 1986, l'équipement personnel est remis aux communes à titre gratuit. Il appartiendra donc aux cantons et aux communes d'examiner sous ces nouveaux aspects la question de la remise à titre définitif du matériel personnel.

Mais malgré tout...

De nombreux défenseurs ardents de l'USPC se sont pourtant déclarés déçus par la réponse trop générale donnée par la représentante du Conseil fédéral. Cependant, certains cantons envisagent d'ores et déjà divers moyens de sortir de cette situation assurément peu satisfaisante. Les initiateurs sont d'ailleurs décidés à suivre ces deux problèmes sur le plan national. Ils estiment en effet que la remise à titre personnel des règlements et du matériel sert également à promouvoir tant soit peu l'image de la protection civile. Les membres de la protection civile constatent que le fait de pouvoir emporter avec soi à la maison les règlements les plus élémentaires, à côté de l'équipement, est admis comme une chose naturelle et normale par les militaires. Nous reviendrons sur l'ensemble de ces problèmes aussitôt que d'autres initiatives seront prises dans ce sens. □

ACO, c'est exactement ce qu'il vous faut pour des lits de protection civile.

ils sont adaptés à leur fonction: les nouveaux lits COMODO superposables correspondent à toutes les exigences de la protection civile.

leur matériel est adéquat: construction en tubes d'acier rigides munis d'un système de fixation par fiches permettant une utilisation variée. Garniture de lit individuelle interchangeable.

ils sont conformes aux prescriptions de l'OFPC: à l'épreuve des chocs de 1atm. et subventionnés par l'OFPC.

Venez voir notre stand d'exposition.

ils sont intéressants pour les budgets: avec toute la gamme des services, y compris l'ensemble des conseils à la clientèle.

ACO équipe avantageusement les abris de PC.



Mobilier de protection civile ACO
Ets Georges Maye SA
Budron B
1052 Le Mont s/Lausanne

Volant détachable INFO-PC

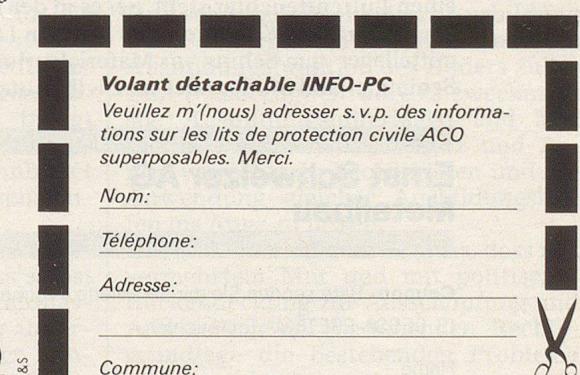
Veuillez m'(nous) adresser s. v.p. des informations sur les lits de protection civile ACO superposables. Merci.

Nom: _____

Téléphone: _____

Adresse: _____

Commune: _____



Amt für Zivilschutz des Kantons Zürich geht neue Wege

Wehrmänner werden frühzeitig erfasst

mo. Im Kanton Zürich können die Wehrmänner zwei Jahre vor dem Übertritt zu den Gelbhelmen zivilschutzmässig von den Gemeinden erfasst werden. Dies erlaubt im Kanton eine wesentlich gezieltere Kader- und Personalplanung.

Das ist das Fazit der ersten Medienkonferenz des neuen Chefs des kantonalen Amtes für Zivilschutz des Kantons Zürich, Bruno Hersche. An der Medienkonferenz kam auch das Verhältnis Armee – Zivilschutz zur Sprache.

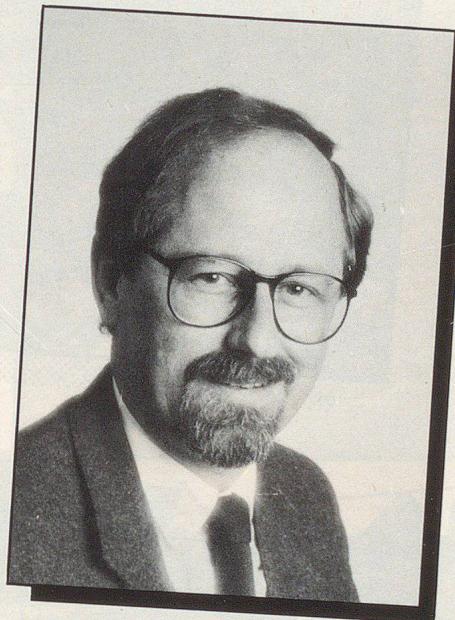
Als für den Zivilschutz wohl bedeutungsvollste Neuerung konnte Bruno Hersche über die nunmehr im Kanton Zürich mögliche, frühzeitige Erfassung von Wehrmännern hinweisen. Dieser am 20. Januar 1986 gefällte Entscheid der kantonalen Militärdirektion bringt eine wesentliche Verbesserung der Kader- und Personalplanung im Zivilschutz.

Bislang konnten die Gemeinden frühestens ab 15. November des Entlassungsjahres bei den Sektionschefs die Listen der auf Ende Jahr hin aus dem Wehrdienst Austretenden verlangen. Damit war eine längerfristige Planung seitens der Zivilschutzstellen und der Ortschefs nicht gegeben, und vielfach konnten bei den Zuteilungen der Wehrmänner deren Fähigkeiten nicht oder viel zu wenig berücksichtigt werden, da jeglicher Planungszeitraum fehlte. Sowohl im Interesse des Zivilschutzes als auch zum Vorteil der übretretenden Wehrmänner können nun die zuständigen kommunalen Zivilschutzinstanzen jeweils zwei Jahre vor den jährlichen Entlassungen bei den Sektionschefs die Listen einverlangen. Ebenfalls können die Ortschefs und Zivilschutzstellenleiter bei den Sektionschefs zu jedem beliebigen Zeitpunkt Auskünfte über die einzelnen Armeeangehörigen einholen. Das Einteilungsverfahren darf dann eingeleitet werden, wenn die bevorstehende Entlassung bestätigt werden kann. Außerdem dürfen die Zivilschutzinstanzen jederzeit persönlich an die Armeeangehörigen herantreten, um mit ihnen Fragen des künftigen ZS-Diensteinsatzes zu besprechen.

Dieser von der Militärdirektion gefällte Entscheid wird nun künftig eine wesentlich gezieltere Kader- und Personalplanung ermöglichen. Und darauf basierend hat das Amt für Zivilschutz des Kantons Zürich auch neue Schwerpunkte in der Ausbildung gesetzt.

Neues Ausbildungskonzept in Arbeit

Wie der kantonale Ausbildungschef, Hans Keller, bekanntgab, besteht derzeit bereits die Möglichkeit des abgekürzten Ausbildungsgangs. Je nach seiner beruflichen oder militärischen Laufbahn und seiner allfälligen Vorgesetzten-Tätigkeit im Feuerwehr- und Gesundheitswesen kann bei entsprechendem Ausbildungs- und Chargennachweis die Kaderausbildung auf einen speziellen Einführungskurs und entsprechende Chefkurse reduziert werden. Damit kann dem oft vorgebrachten Vorwurf, im Zivilschutz wür-



Bruno Hersche

den die Vorkenntnisse nicht in angemessenem und vertretbarem Rahmen mitberücksichtigt, entgegengewirkt werden. Gleichzeitig ergibt sich ein Vorteil für die Schutzherrnplichtigen – unter diesen insbesondere für die ehemaligen Offiziere und Unteroffiziere der Armee sowie für Kaderleute der Feuerwehr und der Sanität. Dieses abgekürzte Ausbildungskonzept bringt aber auch für den Kanton eine zweckmässige Entlastung und beinhaltet nicht zuletzt einen volkswirtschaftlichen Nutzen.

Da man aber anhand der bereits vorliegenden Erfahrungen weiß, dass selbst mit diesen abgekürzten Ausbildungsgängen die Vorkenntnisse sehr unterschiedlich berücksichtigt werden können, erarbeitet das Kantonale Amt der-

zeit in Zusammenarbeit mit den Ämtern der Städte Zürich und Winterthur ein neues Ausbildungskonzept für das höhere Zivilschutzkader.

Alarmierung macht Fortschritte

Mit Blick auf den im Kanton Zürich für alle Gemeinden obligatorischen Sirenenetest, der am 5. Februar durchgeführt wurde, orientierte Walter Peier als Chef der Abteilung Schutzorganisationen über den derzeitigen Ausbaustand im Kanton Zürich. Vom festgelegten Sollbestand von 439 stationären Sirenen sind heute schon deren 321 installiert und funktionsbereit. Von den gemäss fixiertem Sollbestand erforderlichen 217 mobilen Sirenen stehen heute 159 bereits zur Verfügung. Damit ist in 100 von 171 Gemeinden die Sirenenalarmierung bereits vollumfänglich gewährleistet. In weiteren 35 Gemeinden ist bereits eine teilweise Alarmierung sichergestellt, und in 36 Gemeinden, vor allem handelt es sich um kleinere bis kleinste Dorfgemeinschaften, fehlt derzeit noch die künftig erforderliche Alarmierungs-Infrastruktur. Vor allem verwies Peier einmal mehr auf die sehr ausführlichen Informationen zuhanden der Bevölkerung, die in jedem Telefonbuch am Schluss beigelegt sind.

Verhältnis Armee und Zivilschutz

Oberst i Gst Ostertag äusserte sich anschliessend namens der Offiziersgesellschaft des Kantons Zürich (KOG) zum Verhältnis Armee und Zivilschutz. Seitens der KOG vertrat Ostertag die Ansicht, dass das Ansehen des Zivilschutzes sowohl im politischen Alltag als auch durch eine engere Zusammenarbeit mit der Armee gefördert werden müsse. Weiter erscheint der KOG der Übertritt von der Armee in den Zivilschutz im Alter von 50 Jahren eher relativ spät. Armeeangehörige, welche für eine höhere Charge im Zivilschutz vorgesehen sind, sollten bereits früher auf ihre künftige Tätigkeit vorbereitet werden, und ein flexibleres Übertrittsalter zwischen 45 und 50 Jahren wäre prüfenswert. Bezuglich des Zivilschutzes vertrat Ostertag die Meinung, dass künftig mehr geführt statt verwaltet werden müsse. Vielerorts gehe der Übergang von der Aufbau- zur Führungsphase nur sehr schleppend voran. Und schliesslich sei bei der Ausbildung das Schwergewicht vermehrt auf die Ausbildungsfunktion des Kaders zu legen. Diesbezüglich wäre es zweckmässig, Ausbildungunterlagen und Methodik zwischen Zivilschutz und Armee vermehrt zu koordinieren und die Anwendung gleicher Ausbildungshilfen ins Auge zu fassen.

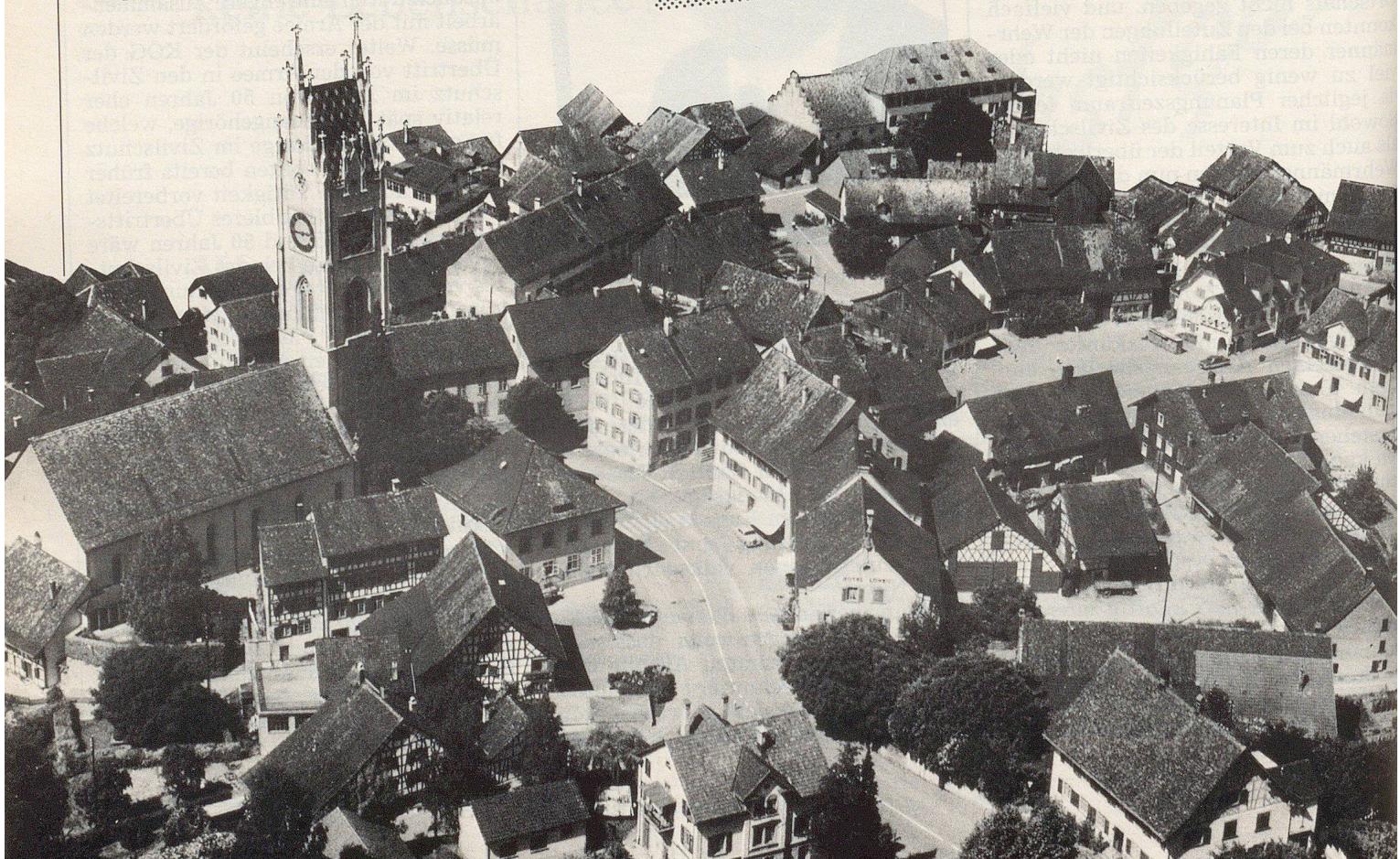
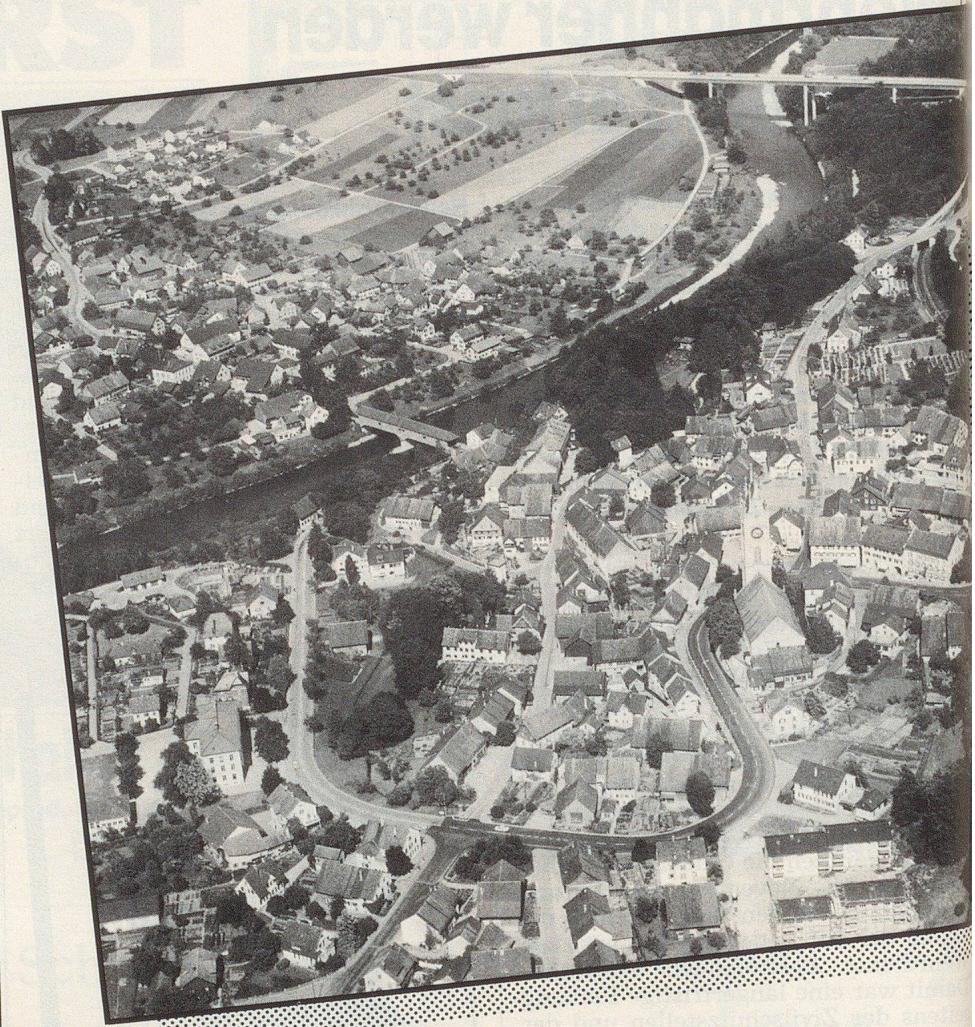
Die KOG kommt zum Schluss, dass mit vermehrtem Mut und mit politischer Rückendeckung zur Ausschöpfung und Anwendung der bestehenden Rechtsgrundlage die bestehenden Probleme gelöst werden können.

20. September:

DV des SZSV im Zürichbiet

SZSV. Am 20. September geht im Raum Andelfingen (Kanton Zürich) die Delegiertenversammlung des Schweizerischen Zivilschutzverbandes in Szene. Der federführende Zivilschutzverband des Kantons Zürich hat ein überaus abwechslungsreiches Programm zusammengestellt, das allen etwas bietet. Um 9.30 Uhr geht im Katastrophendorf des Zivilschutzzentrums Andelfingen eine grosse Demonstration des Sicherungsdienstes über die Bühne. Nach der ordentlichen Delegiertenversammlung und einem Referat von Felix Wittlin, Chef der Rüstungsdienste der Schweizer Armee, disloziert der SZSV-Tross nach Marthalen, um dort das Mittagessen einzunehmen. Der Nachmittag steht dann im Zeichen einer Pontonfahrt von Ellikon entlang einem lieblichen Abschnitt des Rheins nach Eglisau.

Reservieren Sie sich den 20. September schon jetzt. Gemäss Statuten werden die Sektionspräsidenten die entsprechende Anzahl von Anmeldeformularen und Unterlagen für die DV rechtzeitig zugestellt erhalten.



Il 20 settembre si terrà nella regione di Andelfingen (Cantone Zurigo) l'assemblea dei delegati dell'Unione svizzera per la protezione civile. L'Unione responsabile per la protezione civile del Cantone di Zurigo ha compilato un programma assolutamente multiforme, che potrà offrire qualcosa a tutti. Alle ore 9.30, nel villaggio «per simulare le catastrofi» del centro della protezione civile di Andelfingen si svolgerà una grande dimostrazione del servizio di sicurezza. Dopo l'assemblea ordinaria dei delegati e una relazione di Felix Wittlin, capo dei servizi dell'armamento dell'esercito svizzero, tutto il seguito dell'USPC si trasferisce a Marthalen per il pranzo. L'intero pomeriggio si svolge all'insegna di una dimostrazione di pontoni a Ellikon, costeggiando una parte delle amene rive del Reno, fino a Eglisau.

Riservatevi sin d'ora il 20 settembre. Secondo gli Statuti, i presidenti delle sezioni riceveranno per tempo un numero adeguato di moduli di partecipazione e la documentazione rispettiva.

AD dell'USPC nella regione di Zurigo



Le 20 septembre:

AD de l'USPC dans la région de Zurich

uspc. L'Assemblée des délégués de l'Union suisse pour la protection civile aura lieu le 20 septembre 1986 dans la région d'Andelfingen (Canton de Zurich). L'Union zurichoise pour la protection civile, qui est la section organisatrice, a préparé un programme très varié qui doit procurer quelque chose à chacun. C'est ainsi qu'à 9 h 30, on pourra assister à une démonstration du service de sécurité dans le village «de catastrophe» du centre de protection civile d'Andelfingen. Après l'Assemblée générale ordinaire des délégués,

qui sera suivie d'un exposé de M. Félix Wittlin, chef de l'armement de l'armée suisse, les participants de l'USPC se rendront à Marthalen, pour y prendre le dîner. L'après-midi sera consacré à une promenade en bateau sur un très beau tronçon du Rhin, de Ellikon à Eglisau.

Réservez dès aujourd'hui la date du 20 septembre. Conformément aux statuts, les présidents de section recevront en temps opportun le nombre requis de formules d'inscription et la documentation pour l'AD.

